

nachfolgend die Antworten auf Ihre Fragen:

> welchen Einfluss Sie auf die Landesgesetzgebung nehmen wollen, um zur Verbesserung von Sicherheit, Ordnung, Wohn- und Lebensqualität (u.a. Wiedereinführung von "Sperrstunden") zu ermöglichen und wie Sie mit Fragen zu Verweilverbotzonen und temporärer Videoüberwachung verfahren wollen

Wir haben in Rheinland-Pfalz überwiegend kein Gesetzesdefizit, sondern ein Vollzugsdefizit. Sicherheit und Ordnung sind Felder, die gemeinsam von Landespolizei und Kommune/Kommunalem Vollzugsdienst bearbeitet werden müssen. Der gesetzliche Baukasten ist da, er muss nur von den Verantwortlichen genutzt werden. Die Einrichtung einer gemeinsamen Altstadtwatch von Polizei und Ordnungsamt in der Alten Münz wäre für Koblenz schon mal ein erster, wichtiger Schritt.

> welche Ideen Sie in den Bereichen Zivilschutz (Schutzräume / Angriffe Infrastruktur u.v.m.) und Schutz der Kulturgüter voranbringen möchten

Hier verweise ich auf meine PM vom 02.01.26: <https://fw-fraktion-koblenz.de/freie-waehler-kritisieren-fehlendes-schutzraumkonzept/>

FREIE WÄHLER kritisieren fehlendes Schutzraumkonzept

Jan. 2, 2026

Wefelscheid und Altmaier: Stadt hat wertvolle Zeit unnötig verstreichen lassen

KOBLENZ. Die Stadt Koblenz hat nach Auffassung des FREIE WÄHLER-Fraktionsvorsitzenden Stephan Wefelscheid, MdL und seines Stellvertreters Christian Altmaier wertvolle Zeit verstreichen lassen, um ein belastbares Schutzraumkonzept auf den Weg zu bringen – und im aktuellen Haushalt fehlen weiterhin die nötigen Mittel dafür.

„Im Stadtrat Koblenz hatten wir im November 2024, also vor über 13 Monaten, beantragt, dass die Stadt Koblenz ein Schutzraumkonzept erstellt“, so Wefelscheid. „Hierbei sollte eine Bestandsaufnahme erfolgen wie zurzeit die Koblenzer mit Schutzräumen versorgt sind und überprüft werden, welche Gebäude (u.a. Tiefgaragen) sich als Schutzräume eignen. Zudem sollten bei zukünftigen Neubauprojekten auch Schutzräume geprüft und zur Entscheidung als Option mit eingeplant werden. Leider wurde dieser sinnvolle Antrag von Seiten der Verwaltung nicht weiter verfolgt.“

Wie die Rhein-Zeitung nun berichtet, werde das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) die Stadt Koblenz aufrufen, Zufluchtsräume zu identifizieren, zu erfassen und in einem späteren Schritt auszustatten. Wefelscheid und Altmaier sind

verärgert ob der zögerlichen Haltung der Verwaltung. „Die Stadt hätte heute deutlich weiter sein können, wenn die politischen Initiativen der FREIEN WÄHLER ernst genommen worden wären. Wir hatten frühzeitig im Stadtrat wie auch auf Landesebene auf die wachsende Bedrohungslage und die Notwendigkeit eines systematischen Schutzraumkonzepts hingewiesen. Die Verwaltung hat zwar Anfragen beantwortet und Prüfaufträge entgegengenommen, daraus aber kein verbindliches und finanziell unterlegtes Konzept entwickelt. Hier muss man klar sagen, dass die Stadt unnötigerweise wertvolle Zeit hat verstreichen lassen“, so die beiden Ratsherren.

Beide sehen in der schleppenden Behandlung des Themas ein politisches Versäumnis, das angesichts der sicherheitspolitischen Lage nicht länger hinnehmbar sei. Besonders scharf fällt die Kritik auch am finanzpolitischen Ping-Pong-Spiel von Stadt und Land aus, bei der beide die Zuständigkeit für Schutzräume jeweils woanders sehen. Die Folge daraus ist, dass nach Darstellung der FREIEN WÄHLER im Haushalt keine ausreichenden Ansätze für die Planung und den Bau moderner Schutzräume vorgesehen sind. Der Landtagsabgeordnete Wefelscheid betont, dass das Land zwar den Rahmen für einen besseren Katastrophenschutz schafft, die Kommunen aber selbst investieren müssen, um ihre Bevölkerung zu schützen. Das BBK verschärfe erwartbar seine Anforderungen an den Zivilschutz und arbeite an einem modernen nationalen Schutzraumkonzept, das sich ausdrücklich auch an die Kommunen richtet. „Koblenz hat die Chance vertan, bereits jetzt schon die Anforderungen des BBK zu erfüllen“, so Wefelscheid. „Wäre die Verwaltung unserem Antrag gefolgt, läge das geforderte Schutzraumkonzept bereits heute vor, sodass wir unmittelbar durchstarten könnten. Förderkulissen und die politische Aufmerksamkeit für Zivil- und Katastrophenschutz sind da, doch im städtischen Zahlenwerk bleibe das Thema Schutzräume faktisch unterbelichtet.“

Um zu zeigen, was möglich wäre, verweisen Wefelscheid und Altmaier auf internationale Beispiele, die Schutz und Alltag intelligent miteinander verbinden. In Israel dienen Tiefgaragen im Ernstfall als Operationsräume oder als geschützte medizinische Infrastruktur – robuste Betonbauten, die im Frieden Parkraum bieten und im Krisenfall Leben retten sollen. In Finnland sind Schutzräume als integraler Bestandteil der Stadtentwicklung angelegt: Unterirdische Anlagen beherbergen im Normalbetrieb etwa ganze Fitnessstudios oder Eishockeyflächen, können aber binnen kurzer Zeit in vollwertige Schutzräume umgewandelt werden.

> Tourismus prägt die Stadt und die Region. Trotzdem darf Leben und Wohnen dem nicht allein untergeordnet werden. Wie sollte und könnte die Landespolitik (z. Bsp. Beschränkung der Umwidmungen von Wohnraum in Ferienwohnungen) hier regulierend eingreifen?

Hier verweise ich auf unseren Antrag im Stadtrat vom 27.03.2025: Antrag der FREIEN WÄHLER- Ratsfraktion zum Erlass einer Satzung über das Verbot der

Zweckentfremdung von Wohnraum in der Stadt Koblenz
(Wohnraumzweckentfremdungssatzung)

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig eine Satzung über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum in der Stadt Koblenz zu erstellen und dem Stadtrat zum Beschluss vorzustellen. Die Satzung sollte besonders die aktuelle Problematik bei der Errichtung von sog. Ferienwohnungen in der Koblenzer Altstadt berücksichtigen. Weiterhin sollte generelle Inhalte zur Regelung der Zweckentfremdung von Wohnraum in weiteren Stadtteilen und Bereichen der Stadt Koblenz in der Satzung enthalten sein.

Begründung:

Der in Koblenz und in der Region beliebte Stadtteil Altstadt Koblenz hat in den letzten Jahren viel von seiner hohen Attraktivität verloren. Zahlreiche Ursachen wie Lärmbelästigungen, Verschmutzungen, Verkehrsverstöße (Auto Posen), Parkraummangel und Parksuchverkehr, Schließzeiten der Gastronomie etc. sind von der Verantwortlichen der Stadtverwaltung oft in Kooperation mit der Bürgerinitiative „Unsere Altstadt“ erkannt. Es werden Verbesserungsmaßnahmen bereits durchgeführt und geplant. Für Anwohner und Vermieter ist der Niedergang der Koblenzer Altstadt als gesuchtes Wohnquartier für Koblenzer und Menschen aus der Region ein großer Verlust und eine starke Belastung. Anwohner verlassen die Altstadt. Das sind junge Familie mit Kindern ebenso wie ältere Menschen. Leerstehende Wohnungen sind dann mittlerweile nur sehr schwer zu vermieten, oft nur mit kurzen Laufzeiten. Kenner sprechen von „Durchgangsstation“ der Altstadt als Wohnquartier. Lärmbelästigung bis in den Morgen, nicht nur an Wochenenden, und Verschmutzungen sind auch hier die Hauptursachen.

Diese sind nach Erfahrungen in Touristenstädten und Meinung von Experten und Betroffenen auch eine Folge der Umwandlung von herkömmlichen Wohnungen in „Ferienwohnungen“. Die Nutzer von Ferienwohnungen sind nur kurz da. Verantwortlichkeit für das Stadtviertel und die Gemeinschaft von mehreren Mietern in einem Haus haben sie nicht. Die schon beschriebenen Folgen sind: Lärm, Verunreinigungen in den Häusern etc. Die Vermietungen von Wohnraum als Ferienwohnung in der Altstadt haben zahlenmäßig so zugenommen, dass täglich morgens die Ankunft von mittlerweile 3 mit Reinigungskräften vollbesetzten Wagen zu beobachten ist. Es ist höchste Zeit für Regelungen zum Erhalt des Charakters der Altstadt, besondere als Wohnquartier, zu schaffen. Die Anzahl von insgesamt 43 „erfassten“ Ferienwohnungen (16 Air-BNB) in Koblenz gesamt und 4 nur 2 Häusern in der Altstadt, wie in der UV zu diesem Thema am 28.08.2018 im Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität berichtet, hat sich mittlerweile vervielfacht! Diese Entwicklung gerade in Tourismusstädten wie Koblenz hat auch in RLP die Einführung des Landesgesetzes über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum (ZwEWG) vom 11. Februar 2020 gebracht. In den Städten Mainz, Trier und Speyer gibt es bereits schon länger entsprechende Satzungen nach diesem Gesetz. Eine

Satzung über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum in der Stadt Koblenz muss kurzfristig beschlossen und erlassen werden.

Wäre dies auch im Rahmen der Umwandlung von Büroraum in Wohnraum vorstellbar?

Ja, absolut. Aber die Umwandlung von Büroraum/Gewerberaum in Wohnraum passiert derzeit aufgrund des Leerstandes ja schon.

> welche Möglichkeiten sehen Sie herausragende Denkmäler der Altstadt (Alte Burg, Münzmeisterhaus, Florinskirche) in Sanierungsfragen umfänglicher finanziell zu unterstützen

Der Stadtrat hat am 12.12.25 das integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept (ISEK) für das Fördergebiet „Lebendige Innenstadt“ mit Maßnahmenkatalog und Gebietsabgrenzung vorbehaltlich der Zustimmung des Fördergebers beschlossen und die Verwaltung mit den erforderlichen Schritten zur Genehmigung und Umsetzung des ISEK beauftragt. Auf die BV BV/0704/2025 wird verwiesen. Sollte der Fördergeber zustimmen, wäre es meine Aufgabe als Landtagsabgeordneter ein Auge darauf zu haben, dass die Gelder im Landeshaushalt vorhanden sind und auch künftig notwendige Folgegelder in den Landeshaushalt eingestellt werden.

> wie könnte organisatorisch und personell die Polizei gestärkt werden, um lokale Probleme (Bestreifung in der Nacht, Kontrolle der Poserszene und Rollerfahrer usw.) besser zu handeln

Wie bereits erwähnt erachte ich es als dringend geboten, dass die Polizei in der Alten Münz wieder eine Altstadtwache unterhält. Nur Präsenz vor Ort kann helfen die Lage besser in den Griff zu bekommen. Kontrollen im Straßenverkehr müssen ebenso intensiviert werden.

> welche Ideen (Sonderprogramme) können Sie sich vorstellen, die Nahversorgung (z.B. Lebensmittel) aufrecht zu erhalten, respektive zu verbessern. Sollte nicht ein besonders starkes Augenmerk auf die dezentralen Gesundheitsversorgung gelegt werden?

Koblenz ist in Bezug auf den Gesundheitsbereich und Lebensmittelversorger bereits gut aufgestellt. Die Stadt Koblenz und der Landkreis Mayen-Koblenz tun alles, das GKM zu stabilisieren und als Krankenhaus in kommunaler Trägerschaft weiter zukunftsfähig aufzustellen.

> wie wollen / können Sie die Anstrengung zur klimaresilienten Stadt unterstützen? Wäre es nicht effektiver, wenn Kommunen ihren tatsächlichen Bedarf refinanziert bekämen und nicht allein auf Förderbescheide abstellen müssten?

Das stimmt, hier verweise ich auf meine PM vom Januar 2026:

<https://stephan-wefelscheid.de/anfrage-zeigt-auf-viele-foerderprogramme-2024-wurden-nicht-ausreichend-abgerufen/>

Für Wefelscheid ist fraglich, ob „Förderitis“ der richtige Weg für unser Land ist

MAINZ. Die unübersichtliche Förderlandschaft des Landes Rheinland-Pfalz hatte schon in Vergangenheit für Kritik gesorgt. Nun ermöglicht die Antwort auf eine Anfrage des Koblenzer Landtagsabgeordneten Stephan Wefelscheid erstmals einen Überblick über das Förderdickicht der rheinland-pfälzischen Ministerien.

„Man würde ja eigentlich erwarten, dass die Landesregierung jederzeit einen guten Überblick über ihre Förderprogramme und Mittelabflüsse hat, vielleicht auch, dass alle Fäden bei der Staatskanzlei oder dem Finanzministerium zusammenlaufen“, meint Wefelscheid. „Aber tatsächlich hatte die Landesregierung wohl erhebliche Schwierigkeiten, die Anfrage fristgerecht zu beantworten. Denn die beantragte Fristverlängerung zur Beantwortung wurde dann tatsächlich bis zur letzten Möglichkeit ausgereizt.“

Schaut man auf die einzelnen Förderprogramme, so sei vielfach auffällig, dass nur ein Teil oder manchmal sogar keine der bereitgestellten Mittel abgerufen wurden. „Während die Ampelregierung doch großen Wert auf politische Bildung gerade für junge Menschen legt, ist auffällig, dass sowohl bei der Staatskanzlei als auch beim Ministerium für Kultur Fördermittel für politische Bildung und Beteiligung großen Teils nicht abgerufen wurden“, findet Wefelscheid. Aufmerksam sei er auch bei mehreren Programmen des Innenministeriums geworden: „Beim Sirenenförderprogramm wurden rund 1,2 Millionen Euro nicht abgerufen, und auch die „Stadtdörfer“ und das Innenstadt-Impuls-Programm wiesen einen hohen Restbestand von rund 2,5 Millionen beziehungsweise 3,8 Millionen Euro auf. Dies ist schon erstaunlich angesichts der Tatsache, dass mit dem Koalitionsvertrag von 2021 gerade die Innenstadtentwicklung zum Schwerpunktthema der Landesregierung gemacht wurde. In meinen Augen muss man sich fragen, ob diese Programme für die Kommunen funktionieren oder möglicherweise überarbeitet werden müssen. Und im Bereich Denkmalpflege ist ebenfalls auffällig, dass mehrfach ein erheblicher Anteil der Fördermittel nicht abgerufen wurde.“

Im Bereich des Bildungsministeriums seien Wefelscheid die Pauschalförderungen Ganztagschulen und das Programm „LiF – Lernen in Ferien“ aufgefallen: „Bei beiden Programmen wurde mehr als die Hälfte der Mittel nicht abgerufen, auch hier ist nachzuprüfen, ob die Programme hinreichend kommuniziert werden und inwieweit die Adressaten mit diesen auch umgehen können“. Eigenartig sei zudem, dass bei zwei Programmen erheblich höhere nicht verausgabte Fördervolumen ausgewiesen sind als jeweils überhaupt veranschlagt wurde.

Zum Ressort des Umweltministeriums merkt Wefelscheid an: „Das Förderprogramm zum Schutz der Herden vor dem Wolf ist anscheinend nicht gut geeignet um den Bedarf

abzudecken. Wie ich auch früher schon kritisiert habe, sind hier Hürden und Eigenbeteiligungen für viele Weidetierhalter nicht darstellbar, in der Folge werden Mittel nur begrenzt abgerufen.“ Auffällig seien auch die Reste bei der Förderung wasserwirtschaftlicher Maßnahmen und bei diversen Programmen zur klimaresilienten Transformation der Wälder. „Bei den Zuwendungen zur Förderung der Waldwirtschaft sind die Restmittel in Höhe von 15 Millionen auffällig, ebenso bei den Programmen „Naturschutzmaßnahmen im Wald“ und „Förderung des klimafreundlichen Bauens mit nachwachsenden Rohstoffen“. Mein Eindruck ist, das MKUEM schafft es nicht oder nicht genügend, die Fördermittel auch in die Fläche auszubringen.“

Doch am auffälligsten seien laut Wefelscheid die Ressorts Wirtschaft und Wissenschaft: „In beiden Ressorts finden sich diverse Förderprogramme, bei denen ein Großteil oder sogar die vollständigen Mittel nicht abgerufen wurden und dementsprechend auch für andere, wichtige Aufgaben zur Verfügung gestanden hätten. Im Ressort von Minister Clemens Hoch gibt es beispielsweise vier Programme zur Förderung von Wissenschaft und Forschung, bei denen von den zusammen rund fünf Millionen Euro kein einziger Cent in Einsatz gebracht wurde. Diese Programme scheinen entweder völlig am realen Bedarf vorbeizugehen oder wurden den Adressaten möglicherweise gar nicht bekannt gemacht“, kritisiert Wefelscheid. „Im Wirtschaftsministerium ist gerade im Bereich des Tourismus und der Wirtschaftsförderung auffällig, dass viele Programme kaum oder gar nicht abgerufen wurden. Dabei wäre es doch gerade hier wichtig, Impulse zu setzen und gezielt Branchen zu fördern. Vielleicht muss man hier auch mal überdenken, ob die Gelder in die richtige Richtung gelenkt werden oder ob manche Förderung nicht in Zukunftsbranchen wie etwa der Games-Branche besser angelegt wären.“

„Schon die kursorische Durchsicht dieser fast achtzig Seiten langen Auflistungen von Förderprogrammen hat mir gezeigt, dass hier einiges an Anpassungsbedarfen besteht“, so Wefelscheid. „Ich muss meinem Landtagskollegen Gordon Schnieder zu seinen früheren Aussagen Recht geben; es ist fraglich, ob diese „Förderitis“ der richtige Weg für unser Land ist. Es wäre wohl sinnvoller, das Förderdickicht zu lichten und statt bürokratischer Einzelprogramme den Kommunen lieber das Geld direkt im Wege des kommunalen Finanzausgleichs zukommen zu lassen. Das würde Arbeit sowohl in den Ministerien als auch in den kommunalen Verwaltungen und bei den haupt- und ehrenamtlichen Bürgermeistern einsparen. Allerdings kann ich jedem Bürgermeister, Vereinsvorsitzenden und Unternehmer nur raten, sich diese lange Liste mal genau anzuschauen. Wahrscheinlich entdeckt man dann eine oder mehrere Fördermöglichkeiten, von denen bisher noch keiner etwas wusste.“

> wie wollen Sie die laufenden Planungen des Innenstadtmanagements und des Stadtmarketings flankierend begleiten?

Dies ist primär eine Aufgabe des Stadtrates. Steuerungsinstrumente sind Anfragen und Anträge in Stadtrat und Ausschüssen. Auf die Veranstaltung des Seniorenbeirates unter Federführung meines Ratskollegen Edgar Kühlenthal wird verwiesen: <https://www.blick-aktuell.de/Politik/Erfolgreiche-Veranstaltung-von-Seniorenbeirat-Arbeitskreis-mit-ist-Innenstadtmanagerin-Astrid-Fries-652724.html>

Herzliche Grüße von der Karthause

Stephan Wefelscheid